Hanse- und Universitätsstadt Rostock Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus

Sitzungstermin:	Mittwoch, 23.01.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:15 Uhr
Raum, Ort:	Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

<u>Sitzungstehnennen.</u>		
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Anke Knitter	SPD	
reguläre Mitglieder		
Andrea Krönert	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Jutta Reinders	DIE LINKE.	
Kristin Schröder	DIE LINKE.	
Dr. Helmut Schmidt	CDU	
Sandra Wandt	SPD	
Mathias Krack	UFR	
Stellvertreter		
Chris Günther	CDU	
Christian Teske	DIE LINKE.	Vertretung für: Herrn Dr. Carsten Penzlin
Dr. Steffen Prignitz	Rostocker Bund/ Graue/ Auf- bruch 09	Vertretung für: Herrn Andreas Bankonier
Verwaltung		
Alexander Elsner	Zentrale Steuerung	
Dr. Martina Schüler	Hauptamt	
Heiko Tiburtius	Amt für Verkehrsanlagen	
Uwe Walter	Hauptamt	
Ralph Müller	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	
Ines Gründel	Bauamt	
beteiligte Ortsbeiräte		
Michael Berger	CDU	
Kurt Massenthe	UFR	
Alexander Prechtel	CDU	
Gäste		
Stefan Bräunlich	Warnow-Wasser- und Abwas- serverband	
Aline Farbacher	TV.Rostock	
KKMV - Klärschlamm-Kooperation M-V		
-		

GmbH		
Nicole Pätzold-Glaß	NNN	
Abwesende Mitglieder		
reguläre Mitglieder		
Dr. Carsten Penzlin	DIE LINKE.	entschuldigt
Andreas Bankonier	Rostocker Bund/ Graue/ Auf- bruch 09	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2018
- 4 Anträge
- 4.1 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) Regelungskonzept für die Vermietung von Privatwohnungen über Online-Plattformen und Mitwohnzentralen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Vorlage: 2018/AN/4290
- 4.1.1 Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) Regelungskonzept für die Vermietung von Privatwohnungen über Online-Plattformen und Mitwohnzentralen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Vorlage: 2018/AN/4290-01 (SN)
- 4.2 Dr. Sybille Bachmann (Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09) Mittelstandsorientierte Verwaltung Vorlage: 2019/AN/4301
- 4.2.1 Mittelstandsorientierte Verwaltung Vorlage: 2019/AN/4301-01 (SN)
- 4.3 Alexander Prechtel (für den Ortsbeirat Warnemünde) Zuordnung des Strandvogtes zum Kommunalen Ordnungsdienst Vorlage: 2019/AN/4316
- 4.3.1 Zuordnung des Strandvogtes zum Kommunalen Ordnungsdienst Vorlage: 2019/AN/4316-01 (SN)
- 4.4 Michael Berger (für den Ortsbeirat Schmarl)
 Verbesserung der Erreichbarkeit des Schifffahrts- und Schiffbaumuseums
 Vorlage: 2019/AN/4306

- 4.4.1 Verbesserung der Erreichbarkeit des Schifffahrts- und Schiffbaumuseums Vorlage: 2019/AN/4306-01 (SN)
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Bebauungsplan Nr. 14.GE.130 "Petersdorfer Straße" Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: 2018/BV/4227
- 5.2 Standort der Klärschlamm-Verwertungsanlage der Klärschlamm-Kooperation M-V GmbH der Zentralen Kläranlage Rostock Vorlage: 2018/BV/4179
- 5.2.1 Dr. Sybille Bachmann (Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09) Standort der Klärschlamm-Verwertungsanlage der Klärschlamm-Kooperation M-V GmbH der Zentralen Kläranlage Rostock Vorlage: 2018/BV/4179-01 (ÄA)
- 5.2.2 Standort der Klärschlamm-Verwertungsanlage der Klärschlamm-Kooperation M-V GmbH der Zentralen Kläranlage Rostock
 Stellungnahme zum Änderungsantrag Nr. 2018/BV/4179-01 (ÄA) Vorlage: 2018/BV/4179-02 (SN)
- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Information zum Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2018/AN/3786 zum öffentlichen Parken auf Parkflächen von Supermarktketten - Ergänzung zur Informationsvorlage 2018/IV/4052 Vorlage: 2018/IV/4295
- 6.2 Neuausschreibung der touristischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und wissenschaftlichen Internetseiten der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Vorlage: 2018/IV/4276
- 7 Verschiedenes
- 8 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Verschiedenes
- 9.1 Information des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
- 9.2 Information der Ausschussvorsitzenden

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Knitter (SPD) eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung. Mit Datum vom 16.01.2019 ist den Mitgliedern des Ausschusses die Einladung per Mail zugegangen.

Weiterhin erfolgte die öffentliche Bekanntmachung ab 16.01.2019 durch Aushang im Schaukasten im Rathaus und in den Ortsämtern. Frau Knitter (SPD) stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss um 17.00 Uhr mit 10 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Mittels Handschlag wird Herr Christian Teske (Die Linke.) als sachkundiger Einwohner durch die Vorsitzende, Frau Knitter (SPD), zur gewissenhaften Erfüllung seiner Aufgaben verpflichtet.

TOP 2 Änderung der Tagesordnung

Herr Dr. Schmidt (CDU) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage 2018/BV/4179 einschließlich Änderungsantrag (2018/BV/4179-01 (ÄA)) zu vertagen, da weiterer Klärungsbedarf, auch vor dem Hintergrund der Bürgerhinweise, besteht. Es erfolgt die Gegenrede von Herrn Krack (Für Rostock): Die Angelegenheit ist entscheidungsreif, mit dem Änderungsantrag ändert sich nichts an der Gesamtsituation.

<u>Abstimmungsergebnis</u> zur Vertagung der Beschlussvorlage 2018/BV/4179 einschließlich Änderungsantrag 2018/BV/4179-01 (ÄA): Ja: 5, Nein: 4, Enth.: 1

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2018

Zur Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2018 gab es keine Einwände. Die Niederschrift wird bestätigt.

OP 4 Anträge			
--------------	--	--	--

TOP 4.1	Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) Regelungskonzept für die Vermietung von Privatwohnungen über Online-Plattfor- men und Mitwohnzentralen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Vorlage: 2018/AN/4290
TOP 4.1.1	Daniel Peters (für die CDU-Fraktion) Regelungskonzept für die Vermietung von Privatwohnungen über Online-Plattfor- men und Mitwohnzentralen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Vorlage: 2018/AN/4290-01 (SN)

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Regelungskonzept für die Vermietung von Privatwohnungen über Online-Plattformen und Mitwohnzentralen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu erarbeiten, das dauerhaftes Vermieten von Privatwohnungen als Ferienwohnung einschränkt. Dabei sollten Regelungen gefunden werden, die ein kurzzeitiges Inserieren und Vermieten der selbst bewohnten Wohnung ermöglicht, eine dauerhafte Zweckentfremdung allerdings unterbindet.

Das Konzept soll in der ersten Jahreshälfte 2019 der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Frau Gründel vom Bauamt nimmt Stellung zum Antrag. Sie erläutert, dass nach dem Zweckentfremdungsübertragungsgesetz keine Handhabe besteht und das Land M-V von einer Verordnungsermächtigung keinen Gebrauch gemacht hat.

In Warnemünde wurde zum Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen ein Bebauungsplan erlassen. Beschwerden von außen wurden der Bauaufsicht nicht angezeigt.

Auf Nachfrage, welche Möglichkeiten bestehen, hier vorbeugend zu handeln, erklärt Frau Gründel, dass nach der Erhaltungssatzung die Möglichkeit besteht und analog, wie in Warnemünde auch in der Innenstadt ein Bebauungsplan erstellt werden kann.

Herr Dr. Schmidt (CDU) betont, dass der Zweck des Antrages ist, eine Regelung zu finden, um die "Schwarz-Vermietung" zu verhindern bzw. zu kontrollieren.

Mehrheitlich ist das Grundanliegen des Antrages unterstützenswert, es gehen der Stadt Einnahmen (Steuern) verloren und gegenüber dem Hotelgewerbe findet eine Ungleichbehandlung statt.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2018/AN/4290:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	6
Dagegen:	3
Enthaltungen:	1

Angenommen x Abgelehnt

TOP 4.2 Dr. Sybille Bachmann (Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09) Mittelstandsorientierte Verwaltung Vorlage: 2019/AN/4301

TOP 4.2.1 Mittelstandsorientierte Verwaltung Vorlage: 2019/AN/4301-01 (SN)

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- 1. die Erfüllung der Kriterien des RAL-Gütezeichens "Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung" in der Stadtverwaltung Rostock zu prüfen.
- 2. die Umsetzung noch nicht erfüllter Kriterien zu veranlassen
- 3. den Beitritt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zur RAL-Gütegemeinschaft (Verein) zu prüfen und der Bürgerschaft das Prüfergebnis bis Mai 2019 vorzulegen.

Frau Dr. Schüler vom Hauptamt nimmt Stellung zum Antrag. Sie erläutert u. a., welche Kriterien erfüllt werden müssen, das die Zertifizierung alle zwei Jahre erfolgt, ein jährlicher Mitgliedsbeitrag zu begleichen wäre und die Ausführung durch das zur Verfügung stehende Personal und strukturell nicht möglich ist.

Unsere Dienstleistungen richten sich nicht nur an mittelständische Unternehmen, sondern sind umfänglicher als die Leistungen, die von den RAL-Kriterien erfasst werden. Die Verwaltung hat sich bereits selbstverpflichtend dahingehend positioniert, dass bei Rechnungen zwei Werktage vor Fälligkeit gezahlt wird. Eine Vorgabe, die gelebt wird. Mit Rostock Business haben wir einen guten Dienstleister, die nicht nur Ansiedlungen, sondern auch Bestandspflege machen, so die Mitglieder, jedoch sollte eine Orientierung an die Bedürfnisse des Mittelstandes erfolgen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2019/AN/4301:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	2
Dagegen:	6
Enthaltungen:	2*
*redaktionell ge	ändert

Angenommen	
Abgelehnt	Х

TOP 4.3Alexander Prechtel (für den Ortsbeirat Warnemünde)Zuordnung des Strandvogtes zum Kommunalen OrdnungsdienstVorlage: 2019/AN/4316

TOP 4.3.1 Zuordnung des Strandvogtes zum Kommunalen Ordnungsdienst Vorlage: 2019/AN/4316-01 (SN)

Beschluss: Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt, den Strandvogt für Warnemünde aus dem Zuständigkeitsbereich der Tourismuszentrale zu nehmen und - ebenso wie den City-Vogt - beim Kommunalen Ordnungsdienst anzusiedeln. Die Planstelle ist entsprechend einzurichten.

Herr Prechtel, Ortsbeiratsvorsitzender für Warnemünde begründet seinen Antrag. Er kritisiert u. a., dass der Strandvogt nicht erkennbar ist und es einen ständigen personellen Wechsel gibt. Weiterhin werden durch die Abgabe der Funktion des Strandvogtes an ein privates Unternehmen keine hoheitlichen Tätigkeiten wahrgenommen, lediglich Jedermannsrechte. Der Ortsbeirat hat in dieser Angelegenheit keine Unterstützung von der Tourismuszentrale erfahren, die Zusammenarbeit wird blockiert. Die Situation ist unbefriedigend.

Herr Walter vom Hauptamt nimmt Stellung zum Antrag. Die Tourismuszentrale hat die Gesamtverantwortung für alle touristischen Aufgaben in Warnemünde und Markgrafenheide und übernimmt somit auch die Aufgaben des Beschwerdemanagement. Dies soll in einer Hand bleiben. Die Übernahme der Tätigkeiten der Standvögte durch den Kommunalen Ordnungsdienst würde eine erhebliche finanzielle Kostensteigerung im Haushalt bedeuten (6 - 8 neue Stellen, am Tage 4 Vögte vor Ort).

Diskussion:

Sollte die Stelle des Strandvogtes aus der Tourismuszentrale herausgelöst werden, muss darauf geachtet werden, dass das Budget der Tourismuszentrale dahingehend gekürzt wird. Die Mitglieder bitten um eine Nachbesserung der Stellungnahme hinsichtlich der Kosten und welche Tätigkeiten die Strandvögte im Winter übernehmen werden.

Weiterhin bitten die Mitglieder um eine persönliche Stellungnahme durch die Tourismuszentrale in der nächsten Ausschusssitzung am 27.02.2019.

Aus diesen Gründen stellt Frau Schröder (Die Linke.) den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zu vertagen.

<u>Abstimmungsergebnis zur Vertagung des Antrages 2019/AN/4316:</u> einstimmig

TOP 4.4 Michael Berger (für den Ortsbeirat Schmarl) Verbesserung der Erreichbarkeit des Schifffahrts- und Schiffbaumuseums Vorlage: 2019/AN/4306

TOP 4.4.1 Verbesserung der Erreichbarkeit des Schifffahrts- und Schiffbaumuseums Vorlage: 2019/AN/4306-01 (SN)

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister möge prüfen, ob, und wenn ja, welche Möglichkeiten es gibt, durch eine veränderte Linienführung der Buslinie 35 Besuchern des Schifffahrts- und Schiffbaumuseums den Zugang und damit den Besuch dieser Anlage zu erleichtern.

Herr Berger erläutert den Antrag für den Ortsbeirat Schmarl. Vor dem Hintergrund des neuen Konzeptes für das Museum und die vorgesehenen Bebauungen im IGA-Park wird mit einer Erhöhung der Besucherzahlen gerechnet. Bereits jetzt konnte eine Zunahme der Besucherzahlen verzeichnet werden.

Herr Tiburtius vom Amt für Verkehrsanlagen nimmt seitens der Verwaltung Stellung. In der Stellungnahme ist der Ist-Zustand formuliert und zeigt auf, dass sich ein Mehraufwand in Höhe von jährlich ca. 25.000 Fahrplankilometer ergeben würde. Demnach wäre ein höherer Zuschuss an die RSAG notwendig.

Zurzeit wird an der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes gearbeitet. Dieser Sachverhalt wird im Zuge dessen in die Fortschreibung eingebettet und näher betrachtet.

Die Mitglieder befürworten mehrheitlich den Antrag. Die Kunsthalle und die Stadthalle haben auch eigene Haltestellen, so Herr Teske (Die Linke.) und man sollte alles im Gesamtkomplex sehen (neues Konzept Schiff, Schwimmhalle, Eishalle).

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2019/AN/4306:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 5 Beschlussvorlagen

TOP 5.1	Bebauungsplan Nr. 14.GE.130 "Petersdorfer Straße"
	Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
	Vorlage: 2018/BV/4227

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 14.GE.130 für das Gewerbegebiet "An der Petersdorfer Straße", begrenzt

 im Norden: durch den Hainbuchenring und die Petersdorfer Straße, im Osten: durch die Petersdorfer Straße, im Süden: durch die Toitenwinkler Allee, die Tankstelle und den vorhandenen Erdwall, im Westen: durch unbebaute Flächen ca. 200 m westlich des Fuß-weges von der Toitenwinkler Allee zum ehemaligen S-Bahnhaltepunkt

bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) (Anlage 1) und der Entwurf der Begründung dazu (Anlage 2) werden in der vorliegenden Fassung gebilligt und sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

3. Von den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch den Bebauungsplan Nr. 14.GE.130 berührt werden kann, sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen einzuholen. Sie sind von der öffentlichen Auslegung zu unterrichten.

Herr Müller vom Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft erläutert die Beschlussvorlage anhand einer Planzeichnung. Ziel ist es, die brachliegenden Flächen einer gewerblichen Nutzung zuzuführen. Im vorderen Bereich soll es offen bleiben, damit sind die Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der Gewerbebetriebe gegeben. Am Eingang des Gewerbegebietes ist ein Pylon festgesetzt, der die Attraktivität des Gewerbestandortes erhöhen soll (Sammelwerbung). Die Festsetzungen des Gebietes sind allgemein gehalten, Maßnahmen zur Gewährleistung des Immissionsschutzes werden über Festsetzungen im B-Plan gesichert. Die Flächen im Geltungsbereich sind im städtischen Eigentum. Die Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen erfolgen in der Rostocker Heide.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2018/BV/4227:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	х
Abgelehnt	

- TOP 5.2Standort der Klärschlamm-Verwertungsanlage der Klärschlamm-Kooperation M-V
GmbH der Zentralen Kläranlage Rostock
Vorlage: 2018/BV/4179
- TOP 5.2.2 Standort der Klärschlamm-Verwertungsanlage der Klärschlamm-Kooperation M-V GmbH der Zentralen Kläranlage Rostock
 Stellungnahme zum Änderungsantrag Nr. 2018/BV/4179-01 (ÄA) Vorlage: 2018/BV/4179-02 (SN)

siehe TOP 2 - Änderung der Tagesordnung - vertagt (Ja: 5, Nein: 4, Enth.: 1)

TOP 5.2.1 Dr. Sybille Bachmann (Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09) Standort der Klärschlamm-Verwertungsanlage der Klärschlamm-Kooperation M-V GmbH der Zentralen Kläranlage Rostock Vorlage: 2018/BV/4179-01 (ÄA)

siehe TOP 2 - Änderung der Tagesordnung - vertagt (Ja: 5, Nein: 4, Enth.: 1)

TOP 6 Informationsvorlagen

TOP 6.1 Information zum Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2018/AN/3786 zum öffentlichen Parken auf Parkflächen von Supermarktketten - Ergänzung zur Informationsvorlage 2018/IV/4052 Vorlage: 2018/IV/4295

Herr Tiburtius erläutert das Ergebnis der Prüfungen bei den Betreibern der Handelseinrichtungen und den Landes- und Bundesbehörden. Diese waren ernüchternd und nicht zielführend. Bis auf Norma und Edeka in Lütten Klein gab es von den anderen Handelseinrichtungen ablehnende Stellungnahmen. Eine privatrechtliche Regelung könnte für die Parkflächen im Warnow-Park in Lütten Klein greifen. Der Center Manager wird nach dem Umbau des Edeka-Marktes auf den Ortsbeirat Lütten Klein zugehen. Eine mögliche Nutzung der Parkplätze der Landes- und Bundesbehörden für Privatpersonen werden aus haftungsrechtlichen und verkehrssicherungstechnischen Gründen abgelehnt. Die Lasten, Risiken und finanziellen Auswirkungen müsste die Stadt tragen.

TOP 6.2 Neuausschreibung der touristischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und wissenschaftlichen Internetseiten der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Vorlage: 2018/IV/4276

Herr Fromm wird gebeten, in der nächsten Ausschusssitzung am 27.02.2019 die Informationsvorlage vorzustellen.

|--|

TOP 8Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil